

# Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
12. Oktober 1917

Zuschriften sind zu richten  
an die Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 14838.  
Expedition: Stuttgart, Furtwachsenstraße 12.

46<sup>2</sup>/19

## Zum Würzburger Parteitag.

Am 14. Oktober tritt in Würzburg zum ersten Male seit vier Jahren wieder ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Bis zum Kriege fanden die Parteitage alljährlich im Herbst statt. Als einmal an einen Parteitag der Antrag gelangte, die Parteitage nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wurde dieser Antrag mit einer Handbewegung beiseite geschoben. Bei der ständig wachsenden Fülle von Aufgaben der Partei reichte kaum alljährlich der übliche Zeitraum von einer Woche aus, um alles ordnungsgemäß zu erledigen. Wie sollte man da mit zweijährigen Tagungsperioden auskommen!

Der rücksichtslose Umstürzler Krieg hat auch in dieser Beziehung eine neue Lage geschaffen. Wir befanden uns im Sommer 1914 gerade inmitten der letzten und wichtigsten Vorbereitungen für den Parteitag, der auch damals in Würzburg stattfinden sollte, die Berichte der zentralen Parteikörperschaften waren gedruckt, die Delegierten und Delegierten zum großen Teil gewählt, die herkömmlichen Debatten in bestem Gange — da brach über Nacht der Krieg aus. Und kein Mensch dachte unter den dadurch geschaffenen Verhältnissen noch an die Möglichkeit, den Parteitag abzuhalten.

Man hoffte aber damals noch, daß der Krieg bald zu Ende gehen würde, so daß wenigstens im Laufe des Jahres 1915 der Parteitag stattfinden könne. Aber auch diese Hoffnung wurde bald zerschanden. Der Krieg nahm nicht nur kein Ende, sondern er nahm an Ausdehnung und an Furchtbarkeit der Kriegsmittel ständig zu. Zugleich herrschte innerpolitisch formell der sogenannte „Vurgfrieden“, in Wirklichkeit aber entwickelten sich im geheimen die tatsächlich vorhandenen Gegensätze, einerseits die allgemeinen Gegensätze in der Kriegszielfrage, andererseits die besonderen Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.

Diese letzteren Gegensätze nahmen bekanntlich an Schärfe ständig zu, so daß sie das organisatorische Gefüge der Partei schwer erschütterten. Eine offene Auseinandersetzung über die tiefen und erbitterten Meinungsverschiedenheiten wäre dringend nötig gewesen. Hätte damals ein Parteitag stattfinden können, so würde vielleicht die bedauerliche Spaltung der Partei vermieden worden sein. Statt dessen schwelten die Gegensätze im stillen weiter, griffen immer mehr um sich und vergifteten allmählich das ganze Parteileben.

Als auch im Jahre 1916 noch kein Ende des Krieges abzusehen war, entschloß sich der Parteivorstand, zur Klärung der inneren Parteikrise, die inzwischen durch die Spaltung der Reichstagsfraktion eine weitere verhängnisvolle Verschärfung erfahren hatte, an Stelle des noch immer nicht möglichen öffentlichen Parteitags eine mehr oder weniger vertrauliche allgemeine Reichskonferenz der Partei einzuberufen. Die Konferenz hat im Herbst 1916 stattgefunden, die in der

Abspaltung begriffene Minderheit hatte hier volle Redefreiheit, von der sie ausgiebigen Gebrauch machte. Aber die Gegensätze waren doch schon so weit entwickelt, daß sie durch eine solche Konferenz nicht mehr aus der Welt geschafft werden konnten. Die große Mehrheit der Konferenzteilnehmer stellte sich zwar auf die Seite der Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, aber die unterlegene Minderheit unterwarf sich nicht diesem Ergebnis, sondern rief bald darauf eine eigene Konferenz und später auch einen eigenen Parteitag zusammen, der zur Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei, der sogenannten „unabhängigen“, führte.

Im Jahre 1917 haben die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands eine Entwicklung genommen, die es unserer Partei erlaubt, einen ordnungsgemäßen Parteitag einzuberufen. Natürlich können auf ihm nur Mitglieder der alten sozialdemokratischen Partei, nicht auch solche der abgesplitterten „unabhängigen“ Sozialdemokratie erscheinen.

Wir sehen dem Parteitag mit den besten Hoffnungen entgegen. Die Spaltung der Partei kann er freilich nicht ungeschehen machen. Wohl wollen mehrere Anträge die Wiederherstellung der alten Einheit der Partei durch Anknüpfung von Beziehungen zur unabhängigen Partei. Aber mit frommen Wünschen allein ist das nicht zu machen. Zum Friedensschließen gehören auch in diesem Falle zwei. Die alte Partei hat die Spaltung nicht gewollt, sie hat mit der einstmaligen Minderheit der Partei die denkbar größte Geduld gehabt und sie dringend vor ihren Spaltungsabsichten gewarnt. Die Warnungen haben keinen Erfolg gehabt. Die Verhältnisse waren stärker als menschliche Wünsche. Man kann nun höchstens hoffen, daß nach Beendigung des Krieges wieder Verhältnisse eintreten, die stärker sind als Abspaltungs- und Selbstständigkeitsneigungen einzelner Menschen, und daß dadurch wieder eine einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse herbeigeführt wird.

Die Tagesordnung des Parteitags gibt bei den Berichten des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion reichlich Gelegenheit, über die Politik der Partei während des Krieges zu sprechen. Aber auch für die zukünftige Tätigkeit der Partei, für den Aufbau des politischen und wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege ist durch eingehende Referate von sachkundiger Seite Vorsorge getroffen worden. Daneben sind die üblichen geschäftlichen Angelegenheiten der Partei zu regeln, so daß es an Beratungstoff nicht fehlt und die vorgesehene Woche reichlich ausgefüllt werden wird. Die Genossinnen werden die Berichte der Tagespresse aufmerksam verfolgen.

Wir sind sicher, im Namen aller Leserinnen der „Gleichheit“ zu sprechen, wenn wir den Verhandlungen des Parteitags zum Besten der deutschen Arbeiterklasse und des Sozialismus den erprielichsten Verlauf wünschen.

### Es werde gar!

Die Sonne verschüttet ihr goldenes Haar,  
Das Auge des Himmels leuchtet so klar.

Nur hier auf der Erde noch raucht es von Blut,  
Da rollen die Schwaden von Gift und von Wut.

Da brodeln die Dämpfe von Haß und von Bier,  
Als wäre der Mensch das verworfenste Tier.

Die Tiere sind schuldlos nach ewigem Wort,  
Die Menschen, sie wußten — und wählten den Mord.

O ruchloser Weltkrieg! Du Wirbel und Meer  
Von wilder Verzweiflung, dein Zorn traf uns schwer.

Wir triefen von Not, sind in Elend ersäuft,  
Das Maß unsrer Sünden ist voll und gehäuft.

Wes Volk und wes Art, wes Sprache, wes Land —  
Gehorcht dem Gewissen und löscht den Brand!

Vom Auge die Binde, herab vom Gesicht  
Die Maske der Lüge, die Wahrheit ans Licht!

Mitschuldig wir alle! Wer wählte sich rein!  
Wir müssen erwachen und „Weh der Welt!“ schrein.

Weh, wehe dem Krieg! Was ihn mästet und nährt!  
Schon hat er zum dritten sich grausig gejäht.

Schon hat er gejäht sich zum drittenmal  
Mit Marter und Schande, mit Frevel und Qual.

Was edel und weise, wird roh und verdummt,  
Das Glück geht zugrunde, die Größe verstummt.

Es hungern und dürsten die Völker nach Brot  
Und Wein der Erlösung vom geistigen Tod.

Die Seele der Menschheit, sie zuckt und sie stöhnt,  
Und sie zittert nach Frieden, der heilt und versöhnt.

Rings strecken sich Hände. Zur Sonne bringt klar:  
Nun werde der Teig der Gerechtigkeit gar!

August 1917.

Karl Bendell.

### Kriegslöhne und Arbeiterhaushalt.

In nicht wenigen Familien gibt es häufig Streit, der mitunter zu einer Heftigkeit ausartet, die einer besseren Sache würdig wäre. Und was sind in vielen Fällen die Ursachen dieses häuslichen Zwistes? Die liebe Geldfrage! Das Einkommen reicht hinten und vorn nicht aus. Der Ehemann hat die Frau im Verdacht, sie könne nicht wirtschaften, und die Frau glaubt, der Mann gebe hinter ihrem Rücken Geld aus, von dem sie nichts wisse.

Schon in Friedenszeiten ist es eine tägliche Erscheinung, daß das Einkommen des Mannes nicht ausreicht, den Unterhalt der Familie zu bestreiten. Sie macht sich bei der jetzt herrschenden Teuerung noch viel unangenehmer bemerkbar. Daß sich in dieser Zeit, in der die Welt auf den Kopf gestellt erscheint, auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft trotz Teuerungs- und Kriegszulagen noch mehr verschlechtert hat, wissen die Beteiligten nur zu gut aus eigener Erfahrung. Namentlich die Arbeiterfrauen können ein Lied davon singen. Die meisten Beteiligten können sich aber keinen rechten Begriff davon machen, in welchem Maße sich die Ausgaben zu den Einnahmen des Arbeiterhaushaltes verschoben haben. Wie oft liest man in Unternehmungsblättern nicht den Hinweis auf die „kolossale“ Lohnsteigerung der Arbeiterschaft. Bei Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen Lohnerhöhungen operieren die ersteren regelmäßig mit Zahlen, die den Nachweis erbringen sollen, daß die Löhne seit Kriegsbeginn enorm in die Höhe geschneit seien.

Betrachten wir die angeblich enorm gestiegenen Löhne etwas näher. Das Gewerkschaftskartell für Bremerhaven und Um-

gebung arbeitet seit Monaten an einer Statistik, deren Zweck es ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zahlenmäßig zu erfassen. Diese Feststellungen werden regelmäßig weitergeführt. Bei diesen Arbeiten sind Resultate erzielt worden, die sich im übrigen Reiche bei den gleichen Erhebungen wohl ähnlich gestalten würden, so daß es angebracht ist, sie der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Als Resultat dieser umfangreichen Statistiken ist zahlenmäßig festgestellt worden, daß die Löhne der in den Unterweserorten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen seit Kriegsbeginn im Durchschnitt um 25 Prozent gestiegen sind. In dieser Steigerungssumme sind sämtliche Lohn-, Akkord-, Kriegs-, Teuerungs- und sonstige Zulagen enthalten. Oberflächlich betrachtet, bedeutet es eine ganz nette Erhöhung des Einkommens, wenn es in einem Zeitraum von drei Jahren um ein Viertel gestiegen ist.

Betrachten wir aber die Rehrseite der Medaille. Da stellt sich heraus, daß die Lohnerhöhung in keiner Weise mit der Preissteigerung der Lebenshaltung Schritt gehalten hat. Die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens sind in einem Maße im Preise gestiegen, daß man sich wundern muß, wie es unter solch schwierigen Verhältnissen der Arbeiterfrau möglich ist, die Familie überhaupt nur zu erhalten, denn von „ernähren“ kann keine Rede mehr sein. In der oben erwähnten Statistik wurde festgestellt, daß seit Mitte des Jahres 1914 folgende Preissteigerungen der zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsgegenstände eingetreten sind: Mehlhaltige Nahrungsmittel 79,6 Prozent, Fleischwaren 151 Prozent, Fischwaren 199,5 Prozent, Gemüse 114,3 Prozent, Malzkaffee, Zucker, Essig, Bier und Tabak 140 Prozent, Heizung, Beleuchtung und Artikel zur Reinigung des Haushaltes 238 Prozent, Wirtschaftsgegenstände 115 Prozent, Kleidungsstücke und Schuhe 98,1 Prozent, Wäsche 285 Prozent, Miete, Steuern, Versicherungsbeiträge, Gesundheitspflege, Zeitungen, Bücher, Bildung und Unterhaltung 20 Prozent. Das ist eine Durchschnittssteigerung von 157,8 Prozent. Mit anderen Worten: Das Einkommen der Arbeiterschaft an der Unterweser ist in diesem Zeitraum um ein Viertel und die Lebenshaltung um reichlich das Anderthalbfache, also fünfmal soviel als die Einnahmen gestiegen.

Das ist ein schreiendes Mißverhältnis, wie es ärger nicht gedacht werden kann. Diese einwandfreien Zusammenstellungen strafen die schönen Reden aus dem Arbeitgeberlager Lügen und zeigen, daß es letzten Endes die Arbeiterschaft ist, die die Bege der Krieges nicht nur mit ihrem Gut und Blut, sondern auch mit ihrer Gesundheit zu zahlen hat. Wenn wir auf der anderen Seite die Jahresberichte der Aktiengesellschaften studieren, ergibt sich, daß die Kapitalistenklasse ihr Einkommen in dieser schweren Zeit tausendfältig vermehrt. Unternehmungen, die in Friedenszeiten mit Mühe und Not durchgekommen sind und mitunter Zuschüsse benötigten, arbeiten jetzt mit Millionen gewinnen. Das gibt zu denken und müßte die Arbeiterschaft aufpeitschen, alles daranzusetzen, ihre Lage zu verbessern.

Man wird nun einwenden, daß das Operieren mit Zahlen eine sehr einfache Sache ist, und daß Zahlen nicht viel beweisen. Heute stehe jedem Menschen die von Staats wegen zugemessene Ration zu, und mehr habe er nicht zu verlangen. Dazu reiche auch der gezahlte Lohn aus. Mit diesen Argumenten sind aber die Leserinnen dieses Blattes nicht zu verblüffen. Sie müssen das schreiende Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben tagtäglich am eigenen Leibe erfahren. Den Zweiflern sei eine Beobachtung, die während des Krieges gemacht wurde, entgegengehalten. Schreiber dieser Zeilen ist Mitglied der Schwerarbeiterkommission, der die Verteilung der Lebensmittel obliegt, die die Schwer- und Schwerstarbeiter außer den gewöhnlichen Rationen erhalten, soweit sie dem Lieferungsverband zur Verfügung stehen. In dieser Kommission ist festgestellt worden, daß bei der Verteilung der Hindenburgspende, von Käse, Eiern, Fischen, Konserven, sehr oft nicht das Quantum aufgebraucht wird, das nach der Kopfzahl der in Frage kommenden Arbeiter verteilt werden müßte. Die bürgerlichen Herren können sich diese Tatsache nicht erklären, sie haben die Arbeiter im Verdacht, daß

sie diese Extraleckerbissen aus purer Bosheit nicht kaufen, denn sie müßten doch bei dem „kolossal“ gestiegenen Einkommen dazu in der Lage sein. Eine andere Erklärung lautet, daß ein gut Teil der Arbeiter sich wahrscheinlich von „hinten herum“ Nahrungsmittel verschaffe, so daß sie auf die vom Lebensmittelamt gelieferten Waren verzichten könnten.

Beide Argumente sind unzutreffend. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß jeder Arbeiter und deren Frauen gern alles, was ihnen geboten wird, kaufen möchten, wenn sie dazu in der Lage wären. Leider können das viele Arbeiter, namentlich die schlechter bezahlten nicht. Dieses eine Beispiel zeigt zur Genüge, daß die oben angeführten Zahlen keine Spiegelbildereien, sondern leider nur zu traurige Merkmale dieses Krieges sind. Hinzugefügt sei, daß diese Statistik allen in Frage kommenden Militär- und Zivilbehörden ausgehändigt wurde, die sie an die zuständigen Unternehmer und Korporationen zur Nachprüfung weitergegeben haben. Alle Beteiligten konnten nur die Richtigkeit der Aufstellungen, die sich in den letzten Wochen noch mehr zugunsten der Arbeiterschaft verschoben haben, bestätigen.

Die leitenden Personen dieser Behörden haben sich, wie nicht anders zu erwarten war, über diese bedauerliche Erscheinung mit einem bedauernden Achselzucken und mit der Erklärung hinweggesetzt, daß es ihnen beim besten Willen nicht möglich sei, die Arbeitgeber zu zwingen, höhere Löhne zu zahlen. Das wissen auch die Arbeiter und ihre Vertreter. Die Unternehmer würden es sich ganz energisch verbitten, wenn sich Dritte in ihre häuslichen Angelegenheiten hineinmischen würden, und seien es Vertreter desselben Staates, an dem sie jetzt Millionen-Gewinne verdienen. Hier ist nur Selbsthilfe der Arbeiterschaft geeignet, bessere Zustände zu schaffen. Mit Mißmut und Verärgerung, mit Verzweiflungstaten oder die Faust in der Tasche halten ist ihre Lage nicht zu verbessern. Änderung kann nur eine straffe Organisation und ein mit ihrer Hilfe bewirktes planmäßiges, ruhiges und wohlvorberichtetes Vorgehen erzielen, das sich im Rahmen der bestehenden Gesetze hält. Auf das Wie soll in einem anderen Artikel eingegangen werden.

R. T.

## Die Frauen und der Frieden.

Immer leidenschaftlicher ringt sich aus den gequälten Herzen der Frauen der Ruf nach dem Frieden los. Mögen die Politiker erwägen und wieder erwägen, mögen die Krieger kämpfen und wieder kämpfen — die Frauen wollen nichts von den umständlichen Erwägungen und nichts von dem blutigen Kampfe wissen. Als Mütter, als Gattinnen, als Schwestern, als Bräute, als Töchter folgen sie nur ihrem Herzen, ihrem unverfälschten, ursprünglichen Gefühl, das sie den Krieg aus tiefster Seele heraus verabscheuen läßt.

In allen Nationen tun sich Frauenausschüsse zusammen, um durch Einwirkung auf die staatlichen Gewalten eine schnelle Beendigung des Blutvergießens und die Schaffung von Garantien für Völkerverständigung und dauerhaften Frieden herbeizuführen. Wie der deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden mittels, bestehen derartige Ausschüsse in Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Holland, Norwegen, Österreich, Neuseeland, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Uruguay, Ungarn und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Das Programm des deutschen Ausschusses lautet: 1. Unterstützung der vorhandenen und Aufstellung neuer Forderungen auf erzieherischen, politischen, gesetzgeberischen, sozialen und wirtschaftlichen Gebieten, die geeignet sind, den Wiederausbruch von Kriegen unter den Kulturvölkern zu verhindern. 2. Unterstützung und Neuschaffung internationaler Beziehungen. 3. Förderung der politischen Gleichberechtigung der deutschen Frauen, um wirksamen Einfluß auf die staatlichen Angelegenheiten ausüben zu können.

Nachdem die Friedensnote bekannt geworden war, beschloß der deutsche Zweig des internationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden folgende Rundgebung an den Papst:

„Millionen von Müttern aller Nationen, die sich in bangem Weh und tiefem Leid um ihre Gatten und Söhne härmten, haben dankbaren Herzens die päpstliche Friedensbotschaft vernommen.

Millionen von Frauen aller Nationen, die sich inummer über die Geschehnisse dieses graußigen Krieges verzehren, senden Eurer

## Feuilleton

Alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder werden nicht dem Unheil gleichkommen, welches ein einziger Krieg verursacht.

\*

Voltaire.

Die Welt ist gleich wie ein trunkener Bauer, hebt man ihn auf einer Seite in den Sattel, so fällt er zur anderen wieder herab; man kann ihm nicht helfen, man stelle sich wie man wolle. Also will die Welt auch des Teufels sein.

Luther.

## Ein grünes Blatt.

Von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Sie traten hierauf in den inneren Raum. Regine nahm den leeren Korb und die übrigen Geräte, deren es nun für heute nicht mehr bedurfte, und ging damit ins Haus zurück. Der Alte strich behutsam die Bienen von seiner Hand. „Sie haben Menschenverstand,“ sagte er, „man soll nur die Geduld haben.“ Dann legte er das Kraut vor dem nächsten Stock ins Gras und reichte Gabriel die Hand.

Dieser mußte sich neben ihm auf die Bank setzen, und der Greis erzählte ihm von seinen Bienen, wie er sie schon als Knabe gehegt, wie er später, nun schon vor über siebenzig Jahren, diesen Baum gepflanzt habe und wie sie darauf ihm so reichen Gottessegens zugetragen, daß er seinen Hausstand damit habe einrichten können; und weiter dann von seiner Hochzeit, von Tausen und Todestagen, von seinen Kindern, von Enkeln und Enkelkindern, und die Bienen gehörten allenthalben mit dazu. Die Worte des alten Mannes hörten sich wie ein rieselndes Wasser; ein Stilleben nach dem anderen entfaltete sich aus diesen milden Reden; Gabriel hatte

den Kopf in die Hand gestützt und blickte nach den Bienen, die nur noch einzeln über die grünen Wände herüberkamen. Mitunter auch hörte er jenseits des Gartens im Hause die Türen gehen, mitunter schlüpfte eine Grasmücke durch die Blätter und sah ihn mit neugierigen Augen an. So dauerte es eine Weile. Regine war wieder von außen herangetreten, sie lehnte mit dem Ellbogen über die Pforte und hörte schweigend zu; wie aus einem Rahmen schaute das friische Mädchenantlitz zwischen den Blättern hervor.

Das Gewimmel in den Rüsten hatte sich allgemach beruhigt, der grüne Raum war nun fast ganz verschattet. Gabriel schaute nach dem Mädchen hinüber; der Alte erzählte langsam weiter. Manchmal freilich schien er die Zeiten zu verwechseln, die Söhne mit den Enkeln, die Enkel mit den Enkelkindern. Dann sagte das Mädchen wohl: „Ihr irrt Euch, Großvater; es war mein Ohm, es war meine Mutter, von der Ihr sprecht.“ Der Alte aber sagte dann strenge: „Ich kenne sie alle; ich bin nicht so vergessen.“

Endlich, als es kühler zu werden begann, stand er auf. „Wir wollen ins Haus gehen,“ sagte er, „es wird Abend; die Tiere sind auch schon zu Quartier.“ Dann, nachdem sie miteinander hinausgegangen waren, schob er sorgfältig den Riegel vor die kleine Pforte.

Als sie ins Zimmer traten, spielte nur noch oben an den Balken ein schwaches Sonnenschillern; die Lebköien auf dem Fensterbrett verbreiteten schon den stärkeren Duft des Abends. Ein Tisch, mit grobem Leintuch bedeckt, war zwischen die beiden Fenster gerückt; die glatten Schnitte Schwarzbrotts, die gelbe Butter, die Gläser mit frischer Milch nahmen sich sauber darauf aus. Der Alte setzte sich in den Lehnstuhl an das eine Fenster, und Gabriel mußte ihm gegenüber an dem anderen Platz nehmen, während Regine beschäftigt aus und ein ging.

Heiligkeit warmen Dank, die abermals eine Friedensbotschaft in die Lande sandte.

Millionen von Frauen aller Konfessionen, die nur der eine Gedanke besetzt, daß diesem entsetzlichen Blutvergießen endlich ein Ende bereitet werde, jubeln der Friedensbotschaft zu, und schöne Gedanken warmer Menschlichkeit wurden dem hohen Priester gewidmet, welcher die erlösenden Worte aussprach.

Frauen von 22 Ländern, die nicht der Gewalt, sondern dem Recht die Herrschaft zuerkennen, die für alle Völker der Erde gleiche Daseinsberechtigung fordern, die den Weg der Völkerverständigung, des dauernden Friedens anbahnen helfen wollten, haben sich schon im ersten Kriegsjahr zusammengeschlossen und versucht, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Sie beriefen 1915 einen internationalen Frauenkongreß nach dem Haag, sie entsandten ihre Delegierten an alle kriegführenden und neutralen Regierungen, sie wurden im Sommer 1915 auch von Eurer Heiligkeit empfangen. Aber sie waren machtlos — wer achtet der Frauen? —, ihr Ruf, ihre Bitten, ihre Vorstellungen blieben unerhört.

Möge die mächtige Stimme Eurer Heiligkeit, welcher der Chor aller Völker Widerhall gibt, die Gewissen der Regierungen aufzurütteln und sie zum Frieden zwingen.

Das ist der Wunsch der deutschen Frauen, die dem Vater der Friedensbotschaft warmen, tiefgefühlten Dank zum Ausdruck bringen, der stumm, unausgesprochen von Millionen von Frauen in diesen Tagen in Gedanken dem Vatikan entgegenströmt.

Eine internationale Frauenkonferenz, die in Verbindung mit der Friedenskonferenz der Internationale Mitte September in Stockholm stattfinden sollte, war von dem gleichen brennenden Wunsch der Frauen eingegeben, zu ihrem Teile an der Abkürzung des Völkerringens und der Verhinderung künftiger Kriege mitzuwirken. Ein aus 14 Mitgliedern, und zwar vorwiegend Sozialdemokratinnen, bestehendes Komitee hatte zu dieser Konferenz eingeladen. Die Konferenz wollte auch sonstige wichtige Frauenfragen erörtern und besonders die Aufmerksamkeit darauf richten, daß die gegenwärtigen schweren sozialen, ökonomischen und moralischen Schäden durch das Aufhören des Krieges nicht beseitigt sein würden, sondern daß es auch erforderlich ist, den unabhängig davon herrschenden Mißständen und Ungerechtigkeiten abzuwehren. Das Programm umfaßte folgende Verhandlungsgegen-

stände: 1. Gehaltsbezüge und Arbeitsbedingungen der Frauen. (Gleicher Lohn für gleiche Leistung.) 2. Der Einfluß der Frauen zur Verhütung kommender Kriege. (Die Frau als Erzieher.) 3. Die ethischen Forderungen des öffentlichen Lebens. 4. Die ökonomische Stellung der Frau als alleiniger Familienverfoger. Die Einladung wurde an Angehörige der europäischen Länder, der kriegführenden wie der neutralen, gerichtet, zugleich mit der Aufforderung, für das obige Programm interessierte Frauen zur Teilnahme an der Konferenz anzuregen. Anmeldungen wurden an Fräulein Anna Lindhagen, Floragatan 15, oder an Fräulein Matilda Wydegren, Sybillegatan 59, Stockholm, erbeten.

Da die Friedenskonferenz der sozialistischen Internationale dank der unverständlichen Haltung der französischen und englischen Arbeiter vorläufig nicht zustande gekommen ist, mußte auch die geplante Frauenkonferenz verschoben werden.

Die deutschen sozialdemokratischen Frauen finden neben ihrer eigenen Tätigkeit, wie sie in zahlreichen Einzelversammlungen und vor kurzem noch in der Reichskonferenz zum Ausdruck gelangt ist, eine unermüdete und rührige Vertretung ihres Friedenswillens in der deutschen sozialdemokratischen Partei. Unablässig sind Parteivorstand und Reichstagsfraktion sowie alle übrigen Organe der Partei an der Arbeit, auf alle nur denkbare und erfolgversprechende Weise einen Frieden herbeizuführen, der Deutschlands Zukunft sichert und damit dem deutschen Volke die Möglichkeit gibt, in friedlicher und fleißiger Arbeit allmählich die Wunden zu heilen, die der Krieg dem Wirtschaftsleben, der Kultur und Millionen von einzelnen Menschen geschlagen hat.

### Aus unserer Bewegung

**F. Chemnitz.** (Eine Versammlung der organisierten Frauen.) Am Sonntag, den 16. September hatte der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Vereins für den 16. Reichstagswahlkreis eine Frauenversammlung im Gasthause „Neugablenz“ einberufen, zu der sich etwa 200 Genossinnen eingefunden hatten. Genossin Juchacz aus Berlin sprach über die Zukunftsaufgaben der

Dann aßen sie von den einfachen Speisen, und Gabriel sah von Zeit zu Zeit durch die kleinen Scheiben in den Garten hinaus. Der Alte hatte seine Brille aufgesetzt; er nahm mit der Messerspitze ein kleines Nachtgeziefer aus seiner Milch und legte es sorgfältig auf den Tisch. „Es wird noch wieder fliegen,“ sagte er, „man muß der Kreatur in ihren Nöten beistehen.“

Schon mehrmals hatte Gabriel es vor dem Fenster in dem alten Kirschbaum krachen hören. Als er nun hinausblickte, sah er noch eben zwei flinke Fühchen zwischen den Zweigen verschwinden, und gleich darauf flogen zwei einzelne Vögel krächzend über den Garten hin. Aus der Ferne, es mochte im Walde sein, tönten die einförmigen Schläge der Holzart.

„Es ist wohl weit bis zu den nächsten Dörfern?“ sagte er.

„Wohl fast eine Stunde,“ erwiderte der Alte, „das Haus steht recht in Gottes Hand! — Seit die Schulmeisterin wieder gefreit hat, ist nun das Mädchen bei mir.“ Er wies mit der Hand nach einem Brettchen über der Tür, auf welchem Gabriel neben anderen Kleinigkeiten eine Anzahl wohlerhaltener Bücher gewahrte. „Die hat sie alle noch vom Vater,“ sagte der Alte, „aber sie ist nicht für das Lesen; sie hat keine Ruhe im Hause. Nur wenn am Sonnabend der Bettelfreih mit seinen Herzensgeschichten herüberkommt — das hat kein Ende, wenn die beiden hinterm Ofen beisammensitzen.“

Indem trat das Mädchen in die Stube und schüttelte einen Haufen roter Glasfirschen aus ihrer Schürze auf den Tisch. „Die Drosseln sind wieder vom Walde herüber gewesen!“ sagte sie.

„Du mußt die Diebe einsperren,“ erwiderte Gabriel, der einen leeren Kaffig am Fensterkreuz gewahrte. Das Mädchen winkte ihm heimlich mit den Augen; der Alte aber drohte mit dem Messer nach ihr hin. „Das ist ein Schelm,“ sagte er, „sie läßt sie immer wieder fliegen.“ — Gabriel sah sie

an. Sie lachte; das Blut war ihr in die Wangen gestiegen. Als er aber die Augen nicht wieder von ihr wandte, nahm sie den einen ihrer blonden Zöpfe zwischen die Zähne und lief zur Stube hinaus. Gabriel hörte, wie sie draußen die Haustür hinter sich zuschlug.

„Sie ist eben wie ihr Vater selig,“ sagte der alte Mann und lehnte sich still in den Stuhl zurück.

Es war schon abendlich geworden, vom Garten dunkelten die Bäume stark herein. Gabriel erzählte nun, wie er schon morgen mit dem frühesten in der Stadt sein müsse, und fragte nach den Steigen und Nichtwegen, die er etwa einzuschlagen habe.

„Der Mond wird bald aufgehen,“ sagte der Alte, „bei Nachtzeit ist jetzt das beste Wandern.“

Sie sprachen noch eine Weile fort. Als es aber dunkler wurde, verstummte der Alte allgemach und sah mit gespannten Augen durch die trüben Scheiben in den Garten hinaus. Und wie Gabriel die friedliche Gestalt des Greises so sich gegenüber sah — aus der tiefen Dämmerung, die nach und nach die Kammer erfüllt hatte, noch kaum hervorsehend —, da schwieg auch er. So wurde es immer stiller; die alte Wanduhr hatte allein das Wort behalten.

Endlich, da Regine noch immer nicht zurückkehrte, und schon die Mondhelle von jenseits des Gartens heraufkam, stand er auf, um von dem Mädchen Abschied zu nehmen. Er ging in den Garten; aber er sah dort nichts von ihr. Da hörte er es zwischen den Erbsenbeeten rauschen; und hier fand er sie, ein Körbchen neben sich, das schon zur Hälfte mit den gepflückten Schoten angefüllt war.

„Es ist spät,“ sagte er, indem er zwischen die Ranken zu ihr hineintrat, „ich werde gehen müssen, Regine; ich möchte mit Sonnenaufgang in der Stadt sein.“ (Fortsetzung folgt.)

Frau. In wirksamer Weise setzte sie den Anwesenden auseinander, wie groß die Zahl der erwerbstätigen Frauen heute sei und welche hohe Bedeutung die Frau in unserem volkswirtschaftlichen Leben habe. Nicht nur die Privatindustrie, auch der Staat und die Gemeinde könnten ohne die Frauen nicht mehr auskommen. Diese erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung müsse den Frauen aber auch zum Bewußtsein kommen. Sie müßten ihre Gegenrechnung aufmachen und mehr Recht und Einfluß im öffentlichen und politischen Leben fordern. Im Kriege wäre das deutsche Wirtschaftsleben schon längst zusammengebrochen, wenn nicht die Frauen den Platz des Mannes in der Industrie und im öffentlichen Dienste eingenommen hätten. Die Drangsale des Krieges, die ganz besonders durch Teuerung und Lebensmittelknappheit in die Erscheinung treten und unter denen vor allem die Frauen fürchtbar zu leiden hätten, dürften nicht Mutlosigkeit in den Frauenherzen hervorrufen. Vielmehr müsse sich das öffentliche Gewissen der Frau schärfen. Sie darf sich durch die Not der Zeit nicht unterkriegen lassen, sondern muß innerlich wachsen und zur Kämpferin werden. Auch die seelischen Konflikte, in die die Frau dadurch gerät, daß sie den Mann oder den Sohn im Felde weiß und um dessen Leben bangen muß, oder daß sie die Kinder vom frühen Morgen ab allein zu Hause lassen muß, dürften die Frauen nicht niederdrücken. Ihre Selbständigkeit als zeitweilige Vertreterin des Mannes muß sie auch zum selbständigen Denken und Handeln anregen. Diese Selbständigkeit muß planmäßig organisiert werden, um sozial fruchtbar wirken zu können. Die Trägerin dieses organisierten Zusammenwirkens ist die sozialdemokratische Partei, der sich die Frauen auch ganz besonders deshalb anschließen sollten, weil sie mit Eifer und Erfolg nach einem recht baldigen Frieden strebt. Deshalb müßten auch die Chemnitzer Arbeiterfrauen hinein in die sozialdemokratische Parteiorganisation. Dort können sie wirken zum Segen ihres Geschlechts, des Volkes und der ganzen Arbeiterklasse.

In wirksamen Ausführungen berichteten sodann noch Genosse Fellisch und Genossin Helene Wagner über das rührige und erfolgreiche Wirken der Chemnitzer Arbeitervertreter im städtischen Ernährungswesen. Die Frauen wüßten nur nicht, welche aufopfernde stille und fruchtbringende Arbeit von den Parteivertretern in den städtischen Ausschüssen geleistet würde, sonst würden sie nicht so gleichgültig der Parteibewegung am Orte gegenüberstehen. In Zukunft müsse die Chemnitzer Arbeiterfrau ihre Mutlosigkeit wieder aufgeben, sich vertrauensvoll der sozialdemokratischen Partei anschließen und stets bereit sein, den Platz ihres Mannes in der

Parteiorganisation jetzt genau so auszufüllen, wie sie das in der schweren Fron der Arbeit in der Fabrik schon lange tun muß. Vertrauten zur Partei, ihren Führern und Vertretern sind die notwendigen Vorbedingungen zum guten Erfolg. Dieses Vertrauen hat sich die Partei verdient. Das sollten die Chemnitzer Arbeiterfrauen stets bedenken und daher mit zu uns kommen, um mit uns zu wirken und zu kämpfen.

Genossin Schilling aus Döbeln fand treffliche Worte, um die anwesenden Frauen aufzufordern, die Frauenzeitung „Gleichheit“ zu lesen. Möchte diese Versammlung zu neuer mutiger Parteiarbeit der Chemnitzer Arbeiterfrauen ein wirksamer Anstoß gewesen sein.

**Aus Schlesien.** (Von der Agitation.) In Neustadt (Oberschlesien) und Deutsch-Rasselwitz haben seit anderthalb Jahren zum erstenmal wieder öffentliche Frauenversammlungen stattgefunden. Genossin Berta Lawatsch-Breslau sprach über das Thema: „Die Aufgaben der Frauen während des Krieges und nachher“. Die Versammlung in Deutsch-Rasselwitz war sehr gut besucht. Dort war vor dem Kriege noch keine Frauenbewegung vorhanden, erst seit kurzer Zeit haben die Frauen in Deutsch-Rasselwitz eingesehen, daß es auch für sie eine Pflicht ist, sich ums politische Leben mehr zu kümmern. In Neustadt hat schon vor dem Kriege eine sehr gute Frauenbewegung bestanden, leider ist sie während des Krieges zurückgegangen. Die Ursache liegt wohl darin, daß hier die Parole ausgegeben war, Frauen brauchten während des Krieges Beiträge nicht zu zahlen. Dadurch hatten die Frauen die Fühlung untereinander verloren. Die Männer sind zumeist im Felde, niemand hat sich um die Daheimgebliebenen gekümmert, durch die täglichen Sorgen sind sie abgestumpft, gleichgültig und verbittert worden. Es sieht aber zu hoffen, daß in kurzer Zeit die Frauenbewegung wieder aufleben wird und unsere Genossinnen mit Arbeitsfreudigkeit ihre Pflichten der Frauenbewegung gegenüber erfüllen.

In ihrer einstündigen Rede zeichnete Genossin Lawatsch ein Bild der mannigfachen neuen Aufgaben der Frauen. Sie verwies darauf, daß hunderttausende Frauen Schmerz, Sorge und Leid ertragen müßten, weil Väter, Söhne und Brüder im Felde stehen und allen Gefahren des Krieges preisgegeben sind. Sie schilderte die Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt, sprach über das sarge Einkommen der Arbeiterin und besonders der Kriegerfrauen und erörterte eingehend die Frauenarbeit. Der Krieg mache die Frauen zwar selbständiger, aber gar häufig fehle ihnen der Einblick ins öffentliche Leben. Darum haben die Frauen die Pflicht, nach geistiger Nahrung und nach Aufklärung zu trachten, darum müssen

### Schlummerzeit.

Es ist nun der Herbst gekommen,  
Hat das schöne Sommerkleid  
Von den Feldern weggenommen  
Und die Blätter ausgestreut,  
Vor dem bösen Winterwinde  
Deckt er warm und sachte zu  
Mit dem bunten Laub die Gründe  
Die schon müde gehn zur Ruh.

Durch die Felder sieht man fahren  
Eine wunderschöne Frau,  
Und von ihren langen Haaren  
Goldne Fäden auf der Au  
Spinnet sie und singt im Gehen:  
Eia, meine Blümlein,  
Nicht nach andern immer sehen,  
Eia, schlafet, schlafet ein!

Und die Vöglein hoch in Lüften  
Über blaue Berg und Seen  
Ziehn zur Ferne nach den Klüften,  
Wo die hohen Zedern stehn,  
Wo mit ihren goldnen Schwingen  
Auf des Benedeuten Grust  
Engel Hosianna singen  
Nächtens durch die stille Luft. Jos. v. Eichendorff.

### „Die Frauenfrage“ von Lily Braun.

Von Anna Mos.

(Schluß.)

Die Entwicklung der proletarischen Arbeit im neunzehnten Jahrhundert ist zugleich die Geschichte der Maschine. „Sie war es, die wie ein Hegenmeister durch ihre eintönig rasselnde Rede und ihren feuersprühenden Atem jene dunklen, endlosen Scharen bleicher

Frauen aus ihren stillen Heimstätten herauslockte und in ihre Dienste nahm.“ Die Maschine wählte die in der Form verkörperte billigste Arbeitskraft. Die Verfasserin weist glänzend nach, wie die Maschine das Volk abhängig macht von ihren Besitzern, wie sie die Menschen aus dem eigenen Haus, der eigenen Werkstatt herausreißt und wie sie die Frauen in ihren Dienst zogen, weil sie ungelernete Arbeitskräfte brauchten und die billigsten die willkommensten waren. Vergänglich war der Kampf der Arbeiter zunächst gegen die Maschinen, dann gegen die Frauenarbeit. Die Frauen suchten die Männer zu besiegen nicht durch bessere Leistungen, sondern durch geringere Ansprüche. Erschütternd ist die Schilderung des Weges, den die Arbeiterinnen im neunzehnten Jahrhundert gehen mußten. Von der Arbeit erhofften sie Erlösung, Nahrung, Obdach, Kleidung für sich und ihre Kinder. „Was hatten sie erreicht? Kaum ein Dach über dem Haupt, kaum ein Kleid auf den Leib, kaum das Nötigste, den Hunger zu stillen, und die drohenden Gespenster — Not und Schande — rastlos auf ihren Fersen.“ In der Statistik der proletarischen Frauenarbeit ist festgestellt, daß etwa drei Viertel aller erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen sind. Nur das übrigbleibende Viertel kam in der Frauenbewegung zu Wort, ein Beweis für die traurige Lage der Arbeiterinnen, denen die Not den Mund verschloß. Ein Vergleich dieser Statistiken mit denen, die heute einen Überblick über die Erwerbsarbeit geben, zeigt, welche ungeheure Veränderungen hier vor sich gegangen sind. Hier hätte die Umarbeitung einzusehen. Festhalten aber muß man an dem schönen klaren Stil Lily Brauns, der selbst das trockenste Zahlenmaterial auch dem Laien verständlich und interessant macht.

Als die Arbeiterinnen sich aber den Platz in Werkstatt und Fabrik erobert hatten, fanden sie sich zum gemeinschaftlichen Kampf um Verbesserung ihrer Lage mit ihren Arbeitsgenossen in den Organisationen der politischen Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften. „Der deutschen Arbeiterinnenbewegung gebührt der Ruhm, sich zuerst und mit aller Entschiedenheit der Sozialdemokratie angeschlossen zu haben.“ Die ersten Arbeiterinnenvereine entstanden Anfang der sechziger Jahre. Ihre Forderungen wurden im Jahr 1877 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebracht. Sie

sie die Arbeiterpresse lesen und sich politisch wie gewerkschaftlich organisieren und sich dadurch für die kommenden Kämpfe vorbereiten.

In beiden Versammlungen fand eine kurze Diskussion statt, die sich in Sinne des Referats hielt. In Deutsch-Maffelwitz wurden 26 Mitglieder gewonnen, in Neustadt 4. Die Neustädter Genossinnen gelobten, wieder regelmäßig ihre Beiträge zu zahlen und unter den Mutlosen fleißig zu agitieren. Berta Lawatsch.

**Eine Frauenrechtskonferenz der österreichischen Genossinnen** ist zum 26. September nach Wien einberufen. Als vorläufige Tagesordnung ist in Aussicht genommen: 1. Beitragserhöhung und Verbesserung. 2. Die vermehrten Pflichten der Frauen und ihr politisches Recht. 3. Wahl des Frauenrechtskomitees. 4. Mehr Schutz den Frauen und Kindern. 5. Anträge und Anfragen.

In der österreichischen Partei haben Bezirke und Kreise, in denen sich Frauenorganisationen befinden, das Recht, außer den zwei männlichen Delegierten auch ein weibliches Parteimitglied zu delegieren. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen oder Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen. Das Frauenrechtskomitee hat das Recht, zwei Delegierte zu entsenden, die Frauenlandeskomitees können eine Delegierte entsenden.

### Vom Fortgang des Frauenrechts

Der Deutsche Frauenstimmrechtsbund hat an eine Anzahl Politiker die folgende Zuschrift gerichtet:

„Die aus dem Krieg geborene, vom Deutschen Kaiser in seinem Diktierlaß angeordnete Neuordnung des deutschen Staates zwingt seine mündigen Mitglieder, sich mit der Frage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auseinanderzusetzen. Es dürfte eine ganz besondere Aufgabe der in den verschiedenen Bundesstaaten eingesetzten Verfassungsausschüsse sein, die Wahlrechtsfrage mit Einstellung zu diesem demokratischen Prinzip zu behandeln. Da aber selbst bei freudigem Bekennen zum demokratischen Wahlrecht von vielen Politikern nur an die eine Hälfte des Volkes gedacht wird, erlaubt sich der Deutsche Frauenstimmrechtsbund, an maßgebende Politiker die Frage zu stellen: Ist ein Wahlrecht als ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes zu bezeichnen, das sich nur auf Männer bezieht?“

Es ist für sozialdemokratische Politiker eine Selbstverständlichkeit, daß nur die völlige Gleichstellung der Frau mit dem Manne sowohl

verlangten Beschränkung der Arbeitszeit, Schutz der Wöchnerinnen und Schwangeren, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit unter Tage, auf Hochbauten und an im Gange befindlichen Maschinen. Seitdem sind die Forderungen immer wieder eingebracht und erweitert worden. Vieles von dem, was erreicht wurde, ist durch den Krieg wieder vernichtet worden. Aber die Zahl der Fordernden ist ungeheuer gewachsen, und ihr politisches Verständnis ist reifer geworden. Lily Braun weist auf die ungeheure Bedeutung hin von August Bebel's Werk „Die Frau und der Sozialismus“, worin zum erstenmal der notwendige Zusammenhang der Frauenfrage mit der sozialen Frage dargestellt und bewiesen wird, daß erst die wirtschaftliche Befreiung der Frau ihre Emanzipation vollenden könne. Mit dem politischen Interesse kam der Wunsch nach einem eigenen Organ, das im Jahr 1891 von Emma Ihrer unter dem Titel „Die Arbeiterin“ ins Leben gerufen wurde. „Die Arbeiterin“ wurde dann von Klara Zetkin weiter geleitet bis in unsere Tage mit dem Titel „Die Gleichheit“. Jetzt ist sie das Organ der Frauen, die der alten sozialistischen Partei treugeblieben sind, und hat die Aufgabe, diese während des Krieges zusammenzuhalten, ihre Kraft zu stärken und immer mehr Frauen zum Kampf für den Sozialismus zu gewinnen. Lily Braun macht energisch Front gegen jede Nur-Frauenorganisation und bezeichnet es als eine Selbstauflage, wenn die Arbeiterinnenbewegung den Charakter der Frauenbewegung im bürgerlichen Sinn annimmt. Auch diese Warnung ist in jetziger Zeit beachtenswert. Ebenso sollte ihr Rat beachtet werden, daß die Arbeiterinnen aus dem Gefühl ihrer Kraft heraus ihren Einfluß überall zur Geltung zu bringen suchen, auch in der bürgerlichen Frauenbewegung. „Kein Frauenkongress, keine die Interessen der Arbeiterinnen berührende Versammlung sollte vorübergehen, ohne daß der sozialistische Standpunkt propagiert worden wäre.“ Daß noch heute in sehr vielen Sozialdemokraten in bezug auf die Frauenfrage der alte reaktionäre Phylister steckt, wie Lily Braun beobachtete, sei nur nebenbei bemerkt.

Das zweite Kampfmittel, die gewerkschaftliche Organisation, wurde den Arbeiterinnen im Jahr 1890 durch die Gründung der Zentralkommission der Gewerkschaften gegeben, die schon durch die Aufnahme einer Frau in den Vorstand ihren Standpunkt kennzeichnete.

in bezug auf das aktive als auch auf das passive Wahlrecht das heutige einseitige Männerwahlrecht zum wirklichen allgemeinen und gleichen Wahlrecht gestaltet.

Der Verein der liberalen Frauen von Groß-Berlin nahm in seiner Generalversammlung eine Resolution an, in der es heißt:

„Es ist dringend geboten, daß in Preußen die Schranken fallen, die einzelne Schichten des Volkes als Minderberechtigte von freier Mitwirkung am Staate ausschlossen. Nachdem die Staatsregierung selbst die Führung auf diesem neuen Wege ergriffen hat, wird es Aufgabe der Parteien sein, die Gleichberechtigung aller arbeitenden Stände in Stadt und Land sowohl in der Form des Wahlrechts als in der Zusammensetzung des Herrenhauses zum Ausdruck zu bringen. Wenn aber das neue Preußen seine alte Kraft und seine blühende Kultur bewahren und fortentwickeln soll, so ist unerlässlich, daß die Frau, die durch die tiefsten Bande mit der Zukunft verknüpft ist, die ihr gebührende Stellung als Bürger im Staate erhält. Als ersten Schritt auf diesem Wege fordern wir das kommunale, aktive und passive Frauenwahlrecht. Nur ausgestattet mit diesem Rechte, werden die preussischen Frauen mitentscheidend sein in den großen Fragen der Bevölkerungspolitik, der Volksbildung, der Volkssittlichkeit und Volksernährung.“

Warum beschränken die liberalen Frauen ihre Forderung auf das Gemeindevahlrecht? Die Mitarbeit der Frauen an der Gesetzgebung in Staat und Reich ist aus den gleichen Gründen notwendig wie ihre Mitarbeit an der Gemeindeverwaltung.

Für das Frauenwahlrecht veröffentlicht Auguste Kirchhoff in der „Frauenbewegung“ einen ebenso klar durchdachten wie warmherzigen Artikel, dessen Schlussworte lauten:

„Die aber, deren Schultern die schwersten Lasten tragen, die neben ihrem Hausfrauen- und Mutterberuf noch entstandene Lücken ausfüllen und doppelte und dreifache Arbeit leisten, die haben auch Werte zu geben für die Allgemeinheit. Deren Stimmen müssen vor allem in die Waagschale fallen, wenn es gilt, Wunden an unserem Volkskörper zu heilen und durch erweiterten Arbeiterinnen- und Mutter-schutz die Zukunft unseres Volkes sicherzustellen. Jeder fernere gewollte und bewußte Verzicht des Staates auf lebendige Kräfte, die sich ihm zur verantwortlichen Mitarbeit darbieten, bedeutet eine schwere Schädigung der ungeheuren Aufgaben, die sich riesengroß vor ihm aufstürmen. Die Organisationsfähigkeit der Frau, die große Betriebe zu leiten hat, und die Sparsamkeit und Einheitsamkeit der Proletarierin, die täglich die schwere Kunst üben muß, mit wenigen Groschen hauszuhalten, die Erfahrungen der berufstätigen Frauen,

Auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen steht noch in keinem Verhältnis zu der Zahl der arbeitenden Frauen überhaupt. Indessen findet die Erkenntnis vom Wert der Organisation während des Krieges immer größere Verbreitung.

Bei dem letzten Kampfmittel, der Genossenschaft, kommen für die Arbeiter die Konsum- und Baugenossenschaften in erster Linie in Betracht. Auch hierfür ist bei den Frauen das Interesse nicht so groß, wie es wünschenswert wäre.

Praktisch und theoretisch trat Lily Braun für die Verbesserung der Lage der Frauen ein. Zuerst war sie eine energische Vorläuferin des Frauenstimmrechts in der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie forderte als eine der ersten das freie Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen, aber ihre Forderungen wurden damals als zu radikal verworfen. Heute stehen sie als selbstverständlich auf dem Programm der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Im Anschluß an die Sozialdemokratie trat Lily Braun für die Schaffung einer Zentralfstelle der Arbeiterinnenbewegung ein. Sie forderte als eine der ersten die Mutterschaftsversicherung und versuchte, Haushaltungsgenossenschaften ins Leben zu rufen. Auch die Dienbotenorganisation ist auf ihre Anregungen zurückzuführen. Bei der „Gleichheit“ war sie eine Zeitlang eine der besten und eifrigsten Mitarbeiterinnen. Immer wieder hat sich die unermüdetlich tätige Frau bemüht, auf den kulturellen Wert der Arbeit hinzuweisen, insbesondere der Frauenarbeit. „Ohne die Frauenarbeit kann die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht bestehen und wird immer weniger ohne sie bestehen können. Die Frauenarbeit aber untergräbt die alte Form der Familie, erschüttert die Begriffe der Sittlichkeit, auf denen sich der Moralcode der bürgerlichen Gesellschaft aufbaut, und gefährdet die Existenz des Menschengeschlechts, deren Bedingung gesunde Menschen sind. Will die Menschheit sich nicht selbst aufgeben, so wird sie die kapitalistische Weltordnung aufgeben müssen.“ Wenn die sozialpolitische Gesetzgebung unbewußt den Weg zu diesem Ziel bahnt, so vermag sie wohl die Wirkungen der Lohnarbeit auf Frauen und Kinder abzuschwächen, wie sie durch Herabsetzung der Arbeitszeit, Sicherung von Minimallohnen, Auflösung der Heimarbeit, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit den äußeren Motiven zur Prostituierte.

die wertvollsten Mitarbeiterinnen am Wohlstand der Nation, und der Hausfrauen, die die gewonnenen Güter richtig verwenden und verwerten, die aus körperlicher und sittlicher Not und Gefährdung gewonnene Erkenntnis der Fabrikarbeiterin und die freudige Mitarbeit erfahrener Mütter bei allen Fragen, die das leibliche und seelische Wohl der kommenden Generation, der Jugend, betreffen, das alles sind Kraftquellen, die nicht länger brachliegen dürfen, soll wirklich ein starkes neues Deutschland aus den Trümmern des Weltkrieges entstehen. Höchstes Pflichtbewußtsein, unbedingtes Verantwortlichkeitsgefühl durch Verleihung von Volksrechten in allen Kreisen wecken, heißt diese Quellen als segenspendenden Strom für unser Vaterland fruchtbar machen."

**Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder und der ledigen Mütter** sucht eine Petition des Deutschen Bundes für Mutterschutz an den Reichstag durch Aufstellung bestimmter Forderungen zu heben. Der Grundgedanke der Eingabe geht davon aus, daß die Rechtsentwicklung so zu beeinflussen ist, daß die unehelichen Kinder in ihren Ansprüchen an ihre Erzeuger den ehelichen durchaus gleichgestellt werden und die Fürsorge für sie, soweit die Erzeuger versagen, von der Allgemeinheit übernommen wird. Inzwischen sollen die vom Bund für Mutterschutz vorgeschlagenen Mittel die vom Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik bereits beantragten Maßnahmen zum besseren Schutz der unehelichen Kinder — vergl. Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, 2. Session, 16. Ausschuß Nr. 294, 308, 309 — ergänzen. Sie sollen mit dazu dienen, den Kampf gegen die übergroße Sterblichkeit der unehelichen Kinder wirksam zu führen und diese zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft heranzuziehen.

Die Forderungen, die die Eingabe im einzelnen aufstellt, lauten:

1. Hinsichtlich des „Unterhalts“ ist a. dafür Sorge zu tragen, daß die durch § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründete Verpflichtung des Vaters des unehelichen Kindes, diesem den Unterhalt, das ist „den gesamten Lebensbedarf, wie die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Beruf“ zu gewähren, in der Praxis nicht, wie es bisher meist geschieht, auf Säuge beschränkt werde, die, zumal nach heutigen Verhältnissen, kaum für die Ernährung des Kindes allein notdürftig hinreichen; b. dafür Vorkehrungen zu treffen, daß bei nachträglicher Änderung insbesondere derjenigen Verhältnisse, welche für die Bestimmung der Höhe des Unterhalts maßgebend waren, in einem erleichterten Verfahren — am besten durch Festsetzung seitens des Vormundschaftsgerichts — die entsprechende Abänderung der Unterhaltsleistungen durchzuführen ist; c. dafür

etwas von ihrer Gewalt zu nehmen imstande ist. „Aber sie kann dem Kinde die Mutter nicht wiedergeben und kann nicht verhindern, daß die Frau, um die Not zu lindern, ihren Körper verkauft wie ihre Arbeitskraft.“ Wie sehr finden wir diese Wahrheit heute bestätigt, wo auf der einen Seite alles sich bemüht, den Arbeiterinnen eine Fülle von Erleichterungen zu schaffen, während auf der anderen Seite Raubbau mit der weiblichen Arbeitskraft getrieben wird, dessen Schädigungen heute noch gar nicht abzusehen sind.

Mehr als je müssen heute die Arbeiterinnen darum kämpfen, daß sie Rechte erhalten statt Almosen, kämpfen darum, daß die Arbeit, statt sie zu Sklavinnen zu machen, ihnen die große Befreierin wird. Um in diesem Kampf den Sieg zu erreichen, müssen die arbeitenden Frauen zu strebenden und denkenden Menschen werden. Möchten sie in diesem Kampf die Waffen brauchen, die Lily Braun in ihrem Werk über die Frauenfrage für sie geschmiedet hat.

### Gesundheitswesen

**Für die Ernährung werdender Mütter, Säuglinge und Kinder** hat das Kriegsernährungsamt den Bundesregierungen Grundsätze zugestellt, die die Versorgung der genannten Bevölkerungsgruppen einheitlich regeln und besonders die Gemeinden zu dieser Einheitlichkeit verpflichten sollen.

Für die Ernährung werdender Mütter, Säuglinge und der Kleinkinder kommt die Versorgung mit Milch, Brot, Mehl, Nährmitteln und Zucker in Betracht. Schwangere Frauen in den letzten drei Monaten vor der Entbindung und stillende Mütter sind bereits nach der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1916 vollmilchverforgungsberechtigt, ebenso Kinder bis zum 6. Lebensjahr. Ihre Versorgung geht den andern Gruppen von Berechtigten unter allen Umständen vor. Vom 6., spätestens vom 7. Kalendermonat der Schwangerschaft bis zu deren Beendigung sind auf Antrag Schwangerschaftszulagen in Brot und Milch zu gewähren, und zwar an Brot mindestens 850 Gramm für die Woche, an Milch täglich bis zu 2/3 Liter,

Vorsorge zu treffen, daß bei Abwanderung oder Auswanderung des verpflichteten Vaters die weitere Zahlung der Unterhaltsbeiträge gesichert wird.

2. Eine Feststellung der Vaterschaft des unehelichen Kindes ist nicht nur durch das ordentliche Gericht im Prozeßwege, sondern in vereinfachtem Verfahren durch das Vormundschaftsgericht zuzulassen.

3. Ein einheitlicher Geburtschein für alle Kinder, einschließlich also der vorehelichen und unehelichen Kinder, ist zu schaffen.

4. Allen ledigen Müttern ist — ohne Antrag und allgemein — die Berechtigung zur Führung der Bezeichnung als „Frau“ zu erteilen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bevölkerungsausschusses des Reichstags, an den die Eingabe voraussichtlich gelangen wird, werden den vorstehenden Wünschen durchweg im wesentlichen zustimmen.

**Gegen die Ablehnung der Frauen als Geschworene** protestierten die Frauen Wiens in zwei großen Versammlungen. In der ersten, vom „Bund österreichischer Frauenvereine“ veranstalteten, sprach die Bundesvorsitzende, Frau Heinisch, als Referentin Marie Lang, Abgeordnete Dr. Dfner, die Sozialdemokratin Theresie Schlessinger-Götsch, für das Frauenstimmrechtskomitee Ernestine v. Fürth, für den Allgemeinen österreichischen Frauenverein Else Beer-Angerer. In der zweiten, von den sozialdemokratischen Frauen veranstalteten, der Abgeordnete Hillebrand, der sich auch im Reichsrat der Sache sehr warm angenommen hatte, Theresie Schlessinger und Dr. Mag Adler. Beide Versammlungen waren glänzend besucht und die Stimmung war eine erregte.

**Das Frauenstimmrecht im Kanton Zürich.** Die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrates hat durch den Genossen Hermann Greulich folgenden Antrag mit siebzig Unterschriften einreichen lassen: „Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über eine Revision der Kantonsverfassung im Sinne des gleichen Stimmrechts und der gleichen Wählbarkeit für Schweizerbürgerinnen wie für Schweizerbürger in allen Angelegenheiten und für alle Ämter des Kantons, der Bezirke und Gemeinden.“

**Kleine Mitteilungen.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen verlangt in einer Eingabe an den Reichstag eine Änderung des Kaufmannsgerichtsgesetzes im Sinne der Einführung des Wahlrechts für die weiblichen Angestellten. — Auf einen Antrag des Kölner Nationalliberalen Frauenvereins hin sollen künftig drei Vertreterinnen von Frauenvereinen Sitze und Stimme im Zentral-

sonst, wenn möglich, Magermilch oder eine entsprechende Zulage in andern gleichwertigen Lebensmitteln, wie Leigwaren, Nährmitteln und Zucker. Gesunde Säuglinge sollen neben der Milchversorgung nach den Anordnungen der Reichsstelle für Speiseeiße vom 4. Oktober 1916 täglich mindestens 30 bis 50 Gramm Zucker erhalten, wöchentlich mindestens 200 Gramm Weizenmehl gewöhnlicher Ausmahlung und monatlich mindestens 500 Gramm Hafermehl.

Soweit für den Säugling nicht volle Nahrungsmittelarten ausgegeben werden, sollen den stillenden Müttern nach Möglichkeit Stillbeihilfen in Gestalt von Zulagen gewährt werden. Kinder vom zweiten Lebensjahr an erhalten sämtliche Lebensmittel nach den für sie im einzelnen geltenden Bestimmungen. Eine Verabfolgung des örtlichen allgemeinen Stoffsatzes bei der Mehl- und Brotversorgung zuungunsten der Kinder ist nicht statthaft. Für kranke Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr kann die gewöhnliche Ernährung durch Verabfolgung von weniger stark ausgemahlenem Weizenmehl oder durch besondere, ausschließlich für diesen Zweck bestimmte Nährmittelzubereitungen ersetzt oder ergänzt werden. An Milchzubereitungen stehen hierfür zur Verfügung: Eiweiß und Buttermilch, Larojan, Plasmon und Namogen; an Malzzuckerzubereitungen: Soghlets Nährzucker, Löfunds Nährmaltose und Löfunds Malzjuppenextrakt.

Die Gemeindebehörden haben Vorsorge zu treffen, daß die den werdenden und stillenden Müttern und den Säuglingen zustehende Milchmenge ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust in Empfang genommen werden kann. Die für die gesunden Säuglinge nötige Menge an Haferflocken und Weizengrieß ist von ihnen aus den zugewiesenen Lebensmittelmengen vorweg sicherzustellen; die für kranke Kinder zu bemessende Menge derselben Nährmittel muß in bestimmten Ausgabestellen zur Verfügung stehen.

Die durch diese Grundsätze des Kriegsernährungsamts geforderte vorzugsweise Berücksichtigung der werdenden Mütter, Säuglinge und Kinder muß jedoch, da Sonderzuweisungen für diese Zwecke leider nicht möglich sind, im Rahmen der allgemeinen Versorgung, gegebenenfalls also unter entsprechender Kürzung des Durchschnittsanteils für die übrige Bevölkerung erfolgen.

vorstand der Nationalliberalen Partei erhalten. — Die Anstellung einer Polizeiaffistentin in Minden ist erfolgt. In besonders hohem Maße ist für die Wirksamkeit der Polizeiaffistentin der Gedanke maßgebend, daß die Beamtin in keiner Weise ein Organ der Strafverfolgung, sondern der sozialen Fürsorge sein soll. — Nachdem die russische Regierung bereits eine Frau als Unterstaatssekretärin ernannt hat, geht sie noch einen bedeutenden Schritt weiter, indem sie bestimmt, daß Frauen zu allen Staatsämtern zugelassen werden können, unter denselben Bedingungen wie Männer. — Für die Zulassung der Frauen zum Studium an der juristischen Fakultät und dem Polytechnikum schon im kommenden Wintersemester trat der ungarische Unterrichtsminister Albert Apponyi ein. — Die türkische Regierung, die jüngst den türkischen Frauen das Studium an der medizinischen Fakultät gestattete, errichtete nunmehr an der Handels-Hochschule eine Frauenabteilung.

### Die Frau im Beruf

#### Eine Lohnbewegung der Textilarbeiter in der Niederlausitz.

Die Ergebnisse der Bewegung, die im Frühjahr geführt wurde und sich auf die Orte Rottbus, Finsterwalde, Forst, Guben, Ludenwalde, Sommerfeld und Spremberg erstreckte, sind erst jetzt zu überblicken. Die Bewegung interessiert hauptsächlich dadurch, weil der überwiegende Teil der Beteiligten Arbeiterinnen waren. Von 7022 an der Bewegung beteiligten Personen waren 5263 oder genau zwei Drittel Arbeiterinnen. Auch an der Vorbereitung der Bewegung waren die Arbeiterinnen stark beteiligt. Sind doch in den 87 Arbeiterausschüssen, in denen die Vorarbeit zum großen Teil mitlag, 359 Arbeiterinnen vertreten.

Die Bewegung fand ihren Anstoß in den in keiner Weise mehr genügenden geringen Wochenverdiensten. Die Forderungen der Belegschaften erstreckten sich in erster Linie auf gewisse garantierte Mindestlöhne. Die Forderung nach garantierten Mindestlöhnen war mehr als gerechtfertigt.

Der erste Vorstoß wurde in L u d e n w a l d e gemacht. Dort erzielte die Arbeiterschaft 40 Prozent und mehr Lohnaufbesserung. Außerdem wurde für Weber und Weberinnen, wenn sie Arbeit leisten, die nach Stundenlohn bezahlt wird, ein solcher von 40 Pf. festgesetzt, während sie vordem nur 27 und 25 Pf. Stundenlohn erhielten. Der Ludenwalder Erfolg war der erste, der im Zeichen des Hilfsdienstgesetzes unter Mitwirkung des Kriegsamtts erzielt wurde.

Die Bewegung griff dann über auf die Orte Rottbus, Finsterwalde, Forst, Guben, Sommerfeld und Spremberg. Nach längeren Verhandlungen, die von den beiderseitigen Organisationsvertretern unter Mitwirkung des Kriegsamtts geführt wurden, kam eine annehmbare Vereinbarung zustande.

Bei den nächsten Lohnzahlungen kam es jedoch in einer großen Zahl von Betrieben zu Differenzen. Die Unternehmer waren sich anscheinend selbst nicht klar darüber, was ihre Vertreter zugestanden hatten. So weigerten sich Unternehmer, an Arbeiter, die 40 Pf. und mehr Stundenlohn hatten, irgendwelche Zulagen zu zahlen mit der Begründung: 40 Pf. sei der Höchstlohn, trotzdem in der Vereinbarung mit Ausnahme des Anknüpfens niemals eine Höchstgrenze festgesetzt worden war. Andere Firmen suchten den Lohn für die Zwirnerinnen zu sparen, indem sie das Garn nicht mehr nachdrehen ließen, was wieder eine schwere Schädigung der Weber und Weberinnen zur Folge hatte. Wieder andere Firmen versuchten sich um die Nachzahlung der Lohnerhöhungen herumzudrücken. Kurz, was sich immer herausstellte bei Lohnregelungen, die einen größeren Bezirk umfassen, es gab an den einzelnen Orten eine ganze Menge nachzufeilen und auszugleichen. Mehrere Monate gingen noch ins Land, ehe alles zur Zufriedenheit der Beteiligten geregelt werden konnte.

Als Resultat der Bewegung sind nun folgende Lohnerhöhungen an den einzelnen Orten festgestellt worden:

In Rottbus für 644 Arbeiterinnen pro Kopf 4 Mk. oder 2596 Mk. wöchentlich; Finsterwalde 693 Arbeiterinnen pro Kopf 5,20 gleich 3600 Mk. wöchentlich; Forst 1604 Arbeiterinnen 4,50 gleich 7218 Mk. wöchentlich; Ludenwalde 484 Arbeiterinnen 4 gleich 1963 Mk. wöchentlich; Sommerfeld 831 Arbeiterinnen 3,90 gleich 3270 Mk. wöchentlich; Spremberg 1007 Arbeiterinnen 5,65 gleich 5703 Mk. wöchentlich. Für Guben konnten die Feststellungen noch nicht gemacht werden, da dort die Ausgleiche der Differenzen bis in die letzten Tage hinein gedauert hat. Die hier angegebenen Löhne sind selbstverständlich Durchschnittsberechnungen. Insgesamt betragen die errungenen Lohnerhöhungen für die 5263 Arbeiterinnen wöchentlich 24 353 Mk.

Die Arbeiterinnen, die auch in der Textilindustrie immer so schwer für die Organisation zu gewinnen sind, haben auch nach Beendigung der Bewegung tüchtig weitergearbeitet. Von 4031 ist die Zahl der organisierten Textilarbeiterinnen jetzt auf 5221 gestiegen, und die Steigerung hält noch weiter an.

Die Kolleginnen haben aber auch alle Ursache, in der Agitation nicht zu erlahmen. Sie können mit dem Erreichten nicht für immer zufrieden sein. Das Leben stellt von Woche zu Woche höhere Ansprüche, auch an den Geldbeutel der Arbeiterschaft. Es werden schon jetzt in dem Bezirk die Vorarbeiten zu einer neuen Bewegung getroffen. Die Fabrikanten wissen auch, daß sie noch höhere Löhne zugestehen müssen. Aber die Erfolge haben auch das Kraftbewußtsein der Textilarbeiterinnen tüchtig gestärkt.

Überzeugt, daß nur vereinte Arbeit innerhalb der Organisation sie ihre Ziele und Forderungen erreichen läßt, spannen sie jetzt alle Kräfte an, um auch die letzten noch abseitsstehenden Kolleginnen der Organisation zuzuführen.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz soll am 1. Oktober in Bern eröffnet werden. Es wird berichtet, daß bereits zahlreiche Anmeldungen eingegangen seien. Ob allerdings die dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen vollzählig in Bern vertreten sein werden, erscheint fraglich. Aus London kommt die Nachricht, daß die dort abgehaltene Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den Entente-Ländern, die am 11. September geschlossen wurde, einen Beschluß gefaßt habe, der darauf hinausläuft, der Berner Konferenz fernzubleiben. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, dann würde die Berner Konferenz ebenso eine Kumpfkonzferenz bleiben, wie es die Stockholmer Konferenz am 8. Juni war.

**Kleine Mitteilungen.** Der badische Verband für Frauenbestrebungen richtete an den Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik eine Eingabe, in der er Anregungen zur Neuregelung des Hebammenwesens gibt. Die Wünsche beziehen sich vornehmlich auf die Gehaltsverhältnisse, das Versicherungswesen und die Ausbildung von Hebammen. — Der Rationale Ausschuß für Frauenarbeit im Kriege hielt am 22. August im Kriegsamt seine zweite Sitzung ab. Den Vorsitz führte der neue Chef des Kriegsamtts Generalmajor Scheuch. Im Auftrage der Kaiserin nahm Gräfin Brodorski an den Verhandlungen teil. Der Vorsitzende betonte in seiner Begrüßungsrede die Notwendigkeit, Frauen aller Kreise in stärkerem Maße in die Kriegswirtschaft hineinzuziehen, sowie erhöhte Fürsorgemaßnahmen für die arbeitenden Frauen und deren Angehörige. Eine Aussprache, in der die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit lebhaft zum Ausdruck kam, schloß sich an. — Der bayerische Verein für Frauenstimmrecht beantragte beim königlichen Bayerischen Staatsministerium des Innern unter Hinzufügung einer ausführlichen Begründung, die landwirtschaftlichen Schulen für das nächste Schuljahr den Frauen und Töchtern des Bauernstandes sowie anderen weiblichen Personen, die die Landwirtschaft als Beruf betreiben wollen, zu eröffnen, damit zugleich die bildungsuchenden Landfrauen zum Besuche der Schule angeregt werden und der landwirtschaftliche Betrieb im Königreich allgemein gehoben wird. — Nach den Ermittlungen des königlichen Preussischen Statistischen Landesamts vom 1. Februar 1917 bestanden an den Oberlyzeen im Jahre 1916 von 1343 Seminaristinnen 1330 die Lehramtsprüfung. Das ist gegen die Vorjahre ein Rückgang um ungefähr ein Drittel. An dem Rückgang sind alle Konfessionen in fast gleichem Verhältnis beteiligt. Welches die Ursachen des Rückganges sind, ist aus den amtlichen Nachweisen nicht ersichtlich. Es ist anzunehmen, daß die starke Überfüllung des Lehrerinnenberufes an vielen Anstalten zu einer Beschränkung der Schülerinnenzahl geführt hat.

### Volkserziehung

Ein städtisches Jugendamt ist in Berlin begründet worden. Das Jugendamt untersteht einer Deputation, in die vier Magistratsmitglieder, drei Stadtverordnete, fünf Bürgerdeputierte, darunter zwei Frauen, entsandt werden. Die Leitung des Städtischen Jugendamts übernehmen ein Direktor und ein stellvertretender Direktor, die dem Vorsitzenden der Deputation unterstehen. Dem Jugendamt werden zunächst folgende Aufgaben überwiesen: a. Schaffung und Unterstützung von Einrichtungen zur körperlichen Erziehung der Jugend. b. Übernahme von schon innerhalb städtischer Verwaltungen bestehenden Einrichtungen wirtschaftlicher Fürsorge, sowie auch Bildungen und Unterhaltungsmöglichkeiten für die Jugend. c. Schaffung eines Mittelpunktes für alle Bestrebungen der auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätigen Vereine.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Marie Zuchacz, Berlin SW 68.  
Druck und Verlag von J. G. M. Neff Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.